

## Pressekonferenz der SVP Basel-Stadt Unsere Rezepte „für ein sicheres Basel“



Grossrat **Lorenz Nägelin**, Fraktionspräsident  
- es gilt das gesprochene Wort –

---

Meine Damen und Herren

Ich zitiere aus der Kolumne des ehemaligen Kriminalkommissär und Mediensprecher der Basler Staatsanwaltschaft, Markus Melzl, von gestern Montag in der Basler Zeitung:

*„Die nun bewilligten 230 Stellenprozente sind schlicht und einfach ein Hohn.“*

Markus Melzl hat, wohl unbeabsichtigt, damit meinem heute vorgestellten Budgetpostulat eine zusätzliche Legitimation gegeben. Er bestätigt letztendlich das, was sein ehemaliger Vorgesetzter – der 1. Staatsanwalt des Kantons Basel-Stadt – schon lange sagt und die SVP seit Langem fordert: Die Staatsanwaltschaft braucht mehr Personal – anders kann sie die Strafverfolgung nicht mehr gewährleisten. Dies wiederum würde dazu führen, dass Verfahren gar nicht richtig lanciert werden können, gar verschleppt werden und Täter unbehelligt davon kommen. Dieser Zustand, darüber sind wir uns wohl alle einig, ist kaum tolerierbar.

Der Regierungsrat hat auf Antrag von Regierungsrat Gass am 04.09.2012 eine (temporäre) Aufstockung der Staatsanwaltschaft um 3 Personen resp. 230 Stellenprozente bewilligt. Wie kann es sein, dass eine Regierung eine temporäre Stellenaufstockung um lächerliche 230 Stellenprozente, sprich 3 Personen bewilligt, wo doch alle Experten und die Strafverfolgungsbehörden im Einklang dazu sagen, dass das hinten und vorne nicht reicht? Die Staatsanwaltschaft ist heute schon überlastet. Die Aussagen von Herrn Melzl – sie sehen einige auf den Slides – sprechen Bände. Die chronische Überlastung der Staatsanwaltschaft wird also mit diesem Entscheid der Regierung kaum entschärft.

Auch die Vielzahl an zusätzlichen Delikten macht der Staatsanwaltschaft zu schaffen. Die Zahlen sind eindrücklich und eindeutig: Bis zum heutigen Datum sind 60% mehr Einbruchsdelikte als in der derselben Periode vor einem Jahr registriert worden. Die Zahl der hängigen Verfahren wegen Einbruchs, bei denen die Täter noch nicht ermittelt werden konnten, sind dramatisch angestiegen: Ende Juli 2012 waren es bereits 42% mehr als Ende 2011. In einem am 04.09.12 erschienenen Interview bestätigt Alberto Fabbri, 1. Staatsanwalt des Kantons Basel-Stadt, Folgendes: „Es gibt mehr Kriminaltouristen, mehr delinquierende Romas und mehr straffällige Asylsuchende“.

Damit gegen diese Delinquenten vorgegangen werden kann und die Strafverfolgungsbehörden entlastet werden, muss die Staatsanwaltschaft dringend aufgestockt werden. Die SVP fordert daher, mit einem vorgezogenen Budgetpostulat, dass die Staatsanwaltschaft die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt bekommt, damit 30 zusätzliche Stellen geschaffen werden können. Nach Vorprüfung im Finanzdepartement ergab sich, dass diese zusätzlichen Stellen pro Jahr Mehrausgaben von 4.2 Millionen Franken ergeben.

Die SVP setzt damit ein klares Zeichen: Bei der Sicherheit kann, darf und soll nicht gespart werden! Wir leisten uns teure Theater- und Kultursubventionen, wir leisten uns Abteilungen die mehr als Think-Tank, denn als eigentlich notwendige staatliche Einrichtung agieren und wir leisten uns teure Städtepartnerschaften mit anderen Staaten – gleichzeitig wollen wir aber bei der Sicherheit nicht

investieren? Das, meine Damen und Herren, geht für uns nicht auf... Wir hoffen, dass unser Anliegen auch von denjenigen Parteien unterstützt wird, die sich jetzt für mehr Sicherheit im Wahlkampf einsetzen. Sie haben nun die Gelegenheit. Oder wie steht schon in der Bibel: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

Ähnlich überlastet sind auch unsere Migrationsbehörden, sowohl national wie auch kantonal. Der Kanton Schwyz hat die Zeichen der Zeit erkannt und im August 2012 ein Pilotprojekt eines Express-Verfahrens für straffällig gewordene Asylbewerber lanciert. Statt wie bisher Wochen, sollen diese Verfahren nur noch einen Tag dauern. Dies vor dem Hintergrund eines deutlichen Anstiegs von Straftaten durch Asylsuchende im Kanton Schwyz.

Dabei soll v.a. das straf- und auch das fremdenpolizeiliche Verfahren beschleunigt und effizienter gestaltet werden. Die gesetzlichen Möglichkeiten werden dabei - von der Polizei über die Staatsanwaltschaft bis hin zum Amt für Migration - kaskadenartig ausgeschöpft. Hält sich beispielsweise ein Täter nicht an eine vom Amt für Migration angeordnete Eingrenzung auf einen zugewiesenen Rayon, kann die Staatsanwaltschaft eine unbedingte Strafe aussprechen. Zur Anwendung gelangt das beschleunigte Verfahren bei Diebstählen, beim Erschleichen einer Leistung, bei Hausfriedensbruch, bei Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz oder das Ausländergesetz sowie bei Missachtung einer Aus- oder Eingrenzung.

Dieses Projekt erscheint, angesichts der aktuellen Sicherheitslage in Basel, auch für den Kanton Basel-Stadt für prüfenswert. Dieses Verfahren ist wohl mit einem Mehraufwand verbunden, die Zahl der Delikte kann dadurch jedoch sicherlich gesenkt werden. Das Express-Verfahren hat zudem den Vorteil, dass der Strafbefehl Ausländern ohne Aufenthaltsrecht und somit ohne festen Wohnsitz sofort ausgehändigt werden kann. Die SVP fordert deshalb den Regierungsrat auf, ein solches Expreseilverfahren ernsthaft zu prüfen. Mit einem speditiven Vorgehen kann gewährleistet werden, dass sich dadurch die Sicherheitslage im Kanton verbessert und die administrativen Abläufe sinnvoller und schlanker strukturiert werden können.



**SVP. LISTE 12    [WWW.SVP-BASEL.CH](http://WWW.SVP-BASEL.CH)**